

Luzerner Tagblatt

Geheimdienst-Alarm in Dänemark

Eine fremde Armee im Kirchenfunk

Budget im Luzerner Stadtrat

Sowjetspion Sütterlin vor Gericht

In Köln hat einer der größten Spionageprozesse Westdeutschlands begonnen: Der 43-jährige Bonner Fotograf Heinz Sütterlin wird beschuldigt, dem sowjetischen Geheimdienst rund 3000 geheime Unterlagen aus dem Auswärtigen Amt in Bonn geliefert zu haben. Sütterlin gehörte zu einem Spionagering, den der Sowjetagent Ruge leitete. Als Ruge 1967 zu den Amerikanern überlief, gab er seine deutschen Mitarbeiter preis.

(UPI) Sütterlin wird beschuldigt, zusammen mit seiner Frau Leonore zwischen 1960 und 1967 geheime Dokumente an die Sowjets geliefert zu haben. Die Anklage lautet auf Landesverrat und nachrichtendienstliche Tätigkeit für eine fremde Land. Seine Frau war Sekretärin im Auswärtigen Amt und hatte Zugang zu geheimen Akten, die sie fotokopierte. Sütterlin heiratete sie auf Befehl seiner sowjetischen Auftraggeber und zog sie in seine Spionagetätigkeit hinein.

Drei Tage nach ihrer Verhaftung beging Frau Sütterlin in der Untersuchungshaft Selbstmord. Sie erhängte sich, nachdem sie erfahren hatte, daß Sütterlin sie wegen ihrer Stellung im Außenministerium geheiratet hatte.

Zusammen mit dem Ehepaar Sütterlin waren auch der Hausmeister der französischen Botschaft in Bonn und ein in Bonn arbeitender Kellner verhaftet worden.

Zu Beginn der ersten Verhandlung

bemühte sich der Gerichtspräsident, Senatspräsident Bläse, um eine Entkrampfung der Atmosphäre. «Ja, Herr Sütterlin», sagte Bläse, «wir werden es eine Reihe von Tagen zusammen aushalten müssen.» Bläse mußte auch ein Lächeln unterdrücken, als der Angeklagte beim Vortrag seiner Lebensgeschichte unter anderem erklärte, er habe in Berlin bei einer Reihe von Filmen als Standfotograf mitgewirkt. Sütterlin zählte die Titel der Filme auf: «Geheimakte», «Spion mit zwei Köpfen», «Vier Männer und ein Pokerspiel».

Austritte aus der NPD

(DPA) Neun Mitglieder der rechtsextremen NPD in Westberlin sind aus der Partei ausgetreten. In einem Brief an den Parteivorstand erklärten sie, sie gäben damit ihren Widerstand gegen den Kern totalitären Ungeistes und ihre Bemühungen, den Berliner Landesverband auf demokratischen Kurs zu bringen, als hoffnungslos auf. Sie könnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, «politische Abenteuer» zu unterstützen.

Kommunistische Gefahr in Südamerika

Der Newyorker Gouverneur Nelson Rockefeller, der im Auftrag Präsident Nixons eine Informationsreise durch verschiedene lateinamerikanische Länder unternahm, vertritt die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten ihre militärische Hilfe an Lateinamerika verstärken sollten, wenn sie der wachsenden kommunistischen Subversion in diesem Teil der Welt begegnen wollten.

(R) Rockefeller betont, daß sich in Lateinamerika eine immer größer werdende Gefahr eines Kommunismus kubanischer und sowjetischer Art bemerkbar mache. Es sei offensichtlich, daß die Meinung, wonach der Kommunismus in der westlichen Hemisphäre keine große Bedeutung mehr habe, falsch sei. Vielmehr wurden die subversiven kommunistischen Kräfte in der ganzen He-

misphäre immer stärker. Um diese Gefahr zu bannen, sollten die Vereinigten Staaten dazu beitragen, die innere Sicherheit der lateinamerikanischen Länder zu stärken. Rockefeller schlägt zu diesem Zweck die Schaffung eines Sicherheitsrates der westlichen Hemisphäre vor, dessen Hauptquartiere außerhalb der USA eingerichtet werden sollten, um den Kampf gegen die Subversion zu koordinieren. Der Gouverneur verlangt auch größere Kredite für die Ausbildung der südamerikanischen Sicherheitskräfte. Die USA sollten der Polizei und den Sicherheitskräften in diesen Ländern leichte Waffen, Uebermittlungsmaterial, Jeeps, Helikopter und Lastwagen zur Verfügung stellen.

Andererseits rät Rockefeller, die Zahl der amerikanischen militärischen Missionen in Lateinamerika, die immer wieder Zielscheibe antiamerikanischer Kundgebungen bilden, herabzusetzen. Der Gouverneur schlägt im weiteren eine großzügigere Wirtschaftspolitik und Unterstützung vor, eine zusätzliche Hilfe von 100 Millionen Dollar für die Erziehungsentwicklung und eine Aufwertung der Regierungsorgane, die sich mit den Problemen Südamerikas befassen. Rockefeller empfiehlt die Bildung eines für diese Fragen zuständigen Teams im Weißen Haus.

Peinlich für Brüssel und Paris

(AFP) Der belgische Außenminister Pierre Harmel hat sich bei seinem französischen Kollegen Maurice Schumann in aller Form für die Äußerungen des belgischen Wissenschaftsministers Theo Lefèvre über de Gaulle entschuldigt.

Lefèvre soll an einer Pressekonferenz erklärt haben, de Gaulle sei keine Kugel wert und verdiente, an der Seite Marshall Petains begraben zu werden.

Im Parlament dementierte Lefèvre teilweise die ihm zugeschriebenen Äußerungen. — In Brüssel wurde bekanntgegeben, Harmel bedauere den Zwischenfall. Gleichzeitig wurde erneut auf die großen Verdienste de Gaulles hingewiesen, die in Belgien unvergessen bleiben werden.



Tibeter hoffen auf ihre Heimkehr

Die Hoffnung der Tibeter, in ihre von China besetzte Heimat zurückkehren zu können, hat durch ein Gericht neue Nahrung erhalten, wonach dem Panchen-Lama die Flucht nach Indien gelungen sei. Unser Bild zeigt eine Prozession von 500 buddhistischen Tibetern in Kalkutta für Freiheit ihres Landes und für Frieden.

Menderes-Regime voll rehabilitiert

Durch die mit Zweidrittelmehrheit erfolgte Zustimmung des türkischen Senats zu einer vom Repräsentantenhaus bereits im Mai gutgeheißenen Verfassungsänderung ist das Hindernis für die Wiedereinsetzung der alten Parteiprominenz des Menderes-Regimes in ihre vollen politischen Rechte beseitigt worden.

Die aus den Parlamentswahlen siegreich hervorgegangene Gerechtigkeitspartei unter Ministerpräsident Süleyman Demirel hat damit das politische Mandat erfüllt, das sie als geistige Erbin der geächteten Demokratischen Partei im Herbst 1961 nach Beendigung des Revolutionsregimes übernahm.

Das letzte Ueberbleibsel der unbarmherzigen Abrechnung mit den Vertretern des gestürzten Regimes, die im Mammutprozess auf der Insel Ysada im September 1961 mit drei Todesurteilen und der Aussprechung von langen Gefängnisstrafen gegen mehr als 400 Angeklagte endete, ist jetzt ausgewischt. Die vorzeitige Entlassung der politischen Gefangenen erfolgte bereits 1964 auf Grund einer vom Parlament beschlossenen Amnestie.

In politisch-persönlicher Hinsicht ist damit der Zustand vor dem Staatsstreich vom 27. Mai 1960 wiederhergestellt. Den ehemaligen Ministerpräsidenten Menderes und die beiden Mitglieder seiner Regierung, die nach dem Urteilspruch von Ysada gleich anderntags am frühen Morgen auf der Insel Imrali im Marmara-Meer gehängt wurden, kann man allerdings nicht wieder zum Leben erwecken. Für den ehemaligen Staatspräsidenten Bayar und die ehemaligen Minister und Abgeordneten, die als Mitverantwortliche für die Despotie in der letzten Phase der Ära Menderes und die Mißwirtschaft sowie wegen Korrup-

tion unter seiner Herrschaft verurteilt wurden, ist all das nur noch ein böser Alptraum.

Nach dem Schiedsspruch des Parlaments stehen sie jetzt als Opfer einer allzu stürmischen Revolutionszeit da, welche ihnen Unrecht getan hatte. Die Arena der Politik ist ihnen erneut offen, sie können bei Wahlen wieder kandidieren und — unbelastet durch ihre Vergangenheit — wieder von vorne anfangen. Die Skeptiker, die nach der Hinrichtung Menderes' erklärten, es würden keine zehn Jahre vergehen und man werde ihm auf dem Taksim-Platz in Istanbul ein Denkmal errichten, haben im Prinzip recht behalten.

Es war die plötzliche Kehrtwendung des greisen Oppositionsführers Ismet İnönü, welche den Boden für die Wiedereinsetzung der politischen Geächteten in ihre vollen politischen Rechte ebnete. Erfüllt vom Wunsch, die Fehde mit seinen ehemaligen politischen Gegnern und vor allem mit Celal Bayar, seinem Kampfgefährten in der Zeit unter Atatürk, zu begraben, trat er Mitte Mai in einem überraschenden politischen Vorstoß für ihre Rehabilitierung ein. Dank der Unterstützung durch die von ihm geführte Republikanische Volkspartei konnte die regierende Gerechtigkeitspartei mit Ministerpräsident Demirel an der Spitze die Vorlage für die Verfassungsänderung mit der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit im Reprä-

sentantenhaus Ende Mai durchbringen. Der bedrohliche Aufmarsch von Panzern an einem strategisch beherrschenden Punkt Ankaras war für Demirel dann aber eine deutliche Warnung, die Herausforderung der Armee, welche den Umsturz von 1960 ausgeführt hatte, nicht auf die Spitze zu treiben. Die Haltung der Militärs, die in so unmißverständlicher Weise Anstalten zum Eingreifen machten, ließ es den Politikern als ratsam erscheinen, das heiße Eisen eine Zeitlang liegen zu lassen. Die Abstimmung im Senat fand nicht statt und in einem Gentlemen's Agreement kam man überein, die Angelegenheit bis nach den Parlamentswahlen ruhen zu lassen.

Die Militärs hatten wenigstens eine Genugtuung: Sie erreichten durch ihre Intervention, daß die politischen Geächteten sich an den Wahlen vom 12. Oktober als Kandidaten noch nicht beteiligen konnten.

Die Armee leistete diesmal keinen Widerstand mehr. Die Rehabilitierung der Verurteilten des Menderes-Regimes durch eine Machtdemonstration erneut zu vereiteln, wäre jetzt politisch kaum zu verantworten gewesen, nachdem die konservative Gerechtigkeitspartei eben erst wieder einen eindeutigen Wahlsieg errungen und Demirel im Anschluß daran diese Frage als gleich nach Zusammentritt des Parlaments im Senat zu behandelndes dringendes Hauptanliegen angemeldet hatte.

Arthur M. Stierli

Geringe Kampfkraft von Aegyptens Armee

Israelischer Generalstabsoffizier zieht Bilanz

Tel Aviv, 10. Nov. ag. (AFP) An einer Pressekonferenz erklärte ein israelischer Generalstabsoffizier, an der Beschießung der Sinai-Halbinsel in der Nacht zum Sonntag hätten sich nicht nur die zwei ägyptischen Zerstörer, sondern auch die Artillerie von Port Fuad beteiligt. Diese habe allerdings am Resultat nichts geändert, da keine Schiffe eingetreten seien. — Der Sprecher fügte bei, obwohl die Marine nicht so gefährlich sei wie die Luftwaffe oder die Guerillas, werde man die Lehren aus diesem Zwischenfall ziehen.

Die sowjetischen Berater, die seit zwei Jahren die ägyptische Armee schulten, hätten die Technik der Aegypter verbessert, doch hätten sie die Schwächen der Armee nicht beseitigen können. Man könne den Wert der ägyptischen Armee nicht auf Grund von Ueberfallaktionen beurteilen. Israel sei überzeugt, daß der qualitative Abstand zwischen der israelischen und ägyptischen Armee nach wie vor gewaltig sei.

Israel erhielt die Beschießung der Sinai-Halbinsel durch die zwei Kriegsschiffe als Demonstration anläßlich der Sitzung der arabischen Verteidigungsminister in Kairo. Zur Äußerung Präsident Nassers über die Stärke der ägyptischen Armee erklärte der Sprecher, die Zählungszahl von 500 000 Mann sei richtig, wenn man darin die Reservisten und Milizeinheiten einbeziehe.

Auf der andern Seite werde aber auch die geplante Vereinheitlichung des arabischen Oberkommandos keine Folgen für Israel haben.

Es sei Israel gelungen, alle ägyptischen Raketenbasen zu zerstören und die meisten Radaranlagen zu vernichten.

Das gehe schon aus der Tatsache hervor, daß alle israelischen Flugzeuge praktisch immer unbeschädigt ihre Basen wieder erreichten nach einem Einsatz über Aegypten.

Araber-Gipfel im Dezember

Kairo, 10. Nov. ag. (AFP) Wie der marokkanische Außenminister Abdel Hadi Boutaleb bekanntgab, hat der arabische Verteidigungsrat in Kairo beschlossen, für Mitte Dezember eine arabische Gipfelkonferenz nach Rabat einzuberufen.

Palästinensische Frauen wenden sich an Nixon

Amman, 10. Nov. ag. (AFP) Eine Gruppe von palästinensischen Frauen hat Präsident Nixon ersucht, die Vereinigten Staaten möchten in ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich über eine Lösung des Nahost-Konfliktes an die Not des palästinensischen Volkes denken. Die Frauen ließen Nixon das Schreiben durch den amerikanischen Konsul im arabischen Teil Jerusalems zukommen.

Sie erklären in dem Brief: «Die Welt soll wissen, daß die Palästinenser kein anderes Territorium haben als Palästina. Deshalb hat das palästinensische Volk beschlossen, bis zum Sieg zu kämpfen. Es hat keine andere Wahl, denn wenn Israel von Frieden spricht, dann meint es einen Frieden, das seine Sicherheit garantiert.»

Neuer arabischer Anschlag in Gaza

Tel Aviv, 10. Nov. ag. (R) Ein israelischer Militärsprecher gab bekannt, daß am Montag bei einem Handgranatenanschlag auf eine israelische Militärpatrouille in Gaza drei israelische Soldaten und zwei Araber verwundet worden sind.

Rohan-Prozeß ohne Rohan

Jerusalem, 10. Nov. (UPI) Der Prozeß gegen den Moschebrandstifter Denis Michael Rohan ist in Abwesenheit des Angeklagten fortgesetzt worden. Sein Verteidiger Tonik teilte dem Gericht mit, daß Rohan noch nicht in der Lage sei, seinen Platz wieder einzunehmen. Gegenüber Journalisten erklärte er, Rohan sei geistig erschöpft und habe seit Freitag nicht mehr richtig geschlafen. Er sei von Depressionen befallen worden. Ein Gerichtsbeamter äußerte: «Es wird ihm offenbar klar, daß die Welt ihn für einen Verrückten und nicht für den König von Jerusalem hält...»